Protokoll der Sitzung des Transparenzbeirats

vom 10.03.2025

Ort:

Besprechungsraum des LfDI, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz

Zeitraum:

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 15:35 Uhr

Teilnehmer:innen:

Frau Abg. Pia Schellhammer

Herr Abg. Torsten Welling

Herr Dr. Rolf Meier (Ministerium des Innern und für Sport)

Für die Behörde des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit:

Herr Prof. Dr. Dieter Kugelmann

Frau Dr. Daniela Franke

Herr Uli Mack (Protokollführer)

TOP 1 Begrüßung, Tagesordnung, Protokoll

Frau Vorsitzende Abg. Schellhammer begrüßt die Teilnehmer:innen zur Sitzung des Transparenzbeirats. Sie bestätigt, dass das Protokoll der letzten Sitzung vorliegt. Bezüglich des Protokolls und der Tagesordnung werden keine Änderungswünsche vorgebracht.

Herr Prof. Dr. Kugelmann und Frau Dr. Franke weisen darauf hin, dass der nächste Sitzungstermin am 16.06.2025 mit einer Sitzung der Datenschutzkonferenz kollidiert und ihnen daher eine Teilnahme an diesem Tag nicht möglich sein wird. Als Alternativtermin verständigen sich die Anwesenden auf den 23.06.2025 um 15:00 Uhr.

Frau Vorsitzende Abg. Schellhammer schlägt vor, die zukünftigen Sitzungstermine nicht mehr in Präsenz, sondern in Form einer Videokonferenz durchzuführen. Sowohl der Alternativtermin als auch der Formatwechsel soll im Nachgang der Sitzung mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern abgestimmt werden. Die Anwesenden verständigen sich darauf, für die Sitzung am 24.11.2025 einen externen Vortrag zum Thema „Fake News“ anzufragen.

TOP 2 Bericht aus der Arbeit des Landesbeauftragten

Herr Prof. Dr. Kugelmann, Frau Dr. Franke und Herr Mack berichten aus der Tätigkeit des Landesbeauftragten im Bereich Informationsfreiheit im Kalenderjahr 2024. Sie berichten über bedeutsame Vermittlungsverfahren des Landesbeauftragten, rechtspolitische Vorhaben im Bereich der Informationsfreiheit sowie die Mitwirkung an der Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten (IFK) während dieses Jahres.

Die Konferenz forderte die Gesetzgeber auf, im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für mehr Transparenz zu sorgen, indem bundesweit einheitlich hohe Standards für den Anspruch auf Informationszugang gegenüber öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten geschaffen werden. Ein weiterer Kritikpunkt war, dass die Informationsfreiheitsgesetze in Hessen und Sachsen es ihren Kommunen überlassen, ob sie transparent sein wollen – freiwillig haben sich bisher nur wenige dafür entschieden. Die Konferenz appellierte an die Landesgesetzgeber beider Länder, den Bürgerinnen und Bürgern verbindliche Informationszugangsrechte gegenüber den Kommunen zu gewähren und diese nicht zur freiwilligen Entscheidung der einzelnen Kommunen zu lassen. Darüber hinaus forderte die IFK den niedersächsischen Landesgesetzgeber auf, ein modernes Transparenzgesetz zu schaffen, da Niedersachsen – neben Bayern – bisher kein Informationsfreiheitsgesetz besitzt.

TOP 3 Sonstiges

Frau Vorsitzende Abg. Schellhammer stellt fest, dass es keine weiteren Besprechungswünsche für den Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ gibt und schließt die Sitzung um 15:35 Uhr.